

## Europapolitische Agenda – offene Dossiers

### Inhaltsverzeichnis

<b>I. VORSTOSSPAKET .....</b>	<b>2</b>
<i>A. Europapolitisches Vorstosspaket – preisrelevante Dossiers.....</i>	<i>2</i>
1. Motion 07.3527. Abkommen über Freihandel im Agrar- und Lebensmittelbereich. Mario Fehr .....	2
2. Postulat 07.3528. Vereinfachter grenzüberschreitender Zahlungsverkehr. Mario Fehr .....	2
3. Postulat 07.3384. Roaming-Gebühren. Peter Vollmer .....	2
<i>B. Europapolitisches Vorstosspaket – friedenspolitische Dossiers .....</i>	<i>3</i>
4. Interpellation 07.3435. Erleichterte Visabestimmungen mit Westbalkanstaaten. Vreni Müller-Hemmi .....	3
5. Interpellation 07.3354. Rahmenabkommen für Friedensoperationen mit der EU. Barbara Haering.....	3
<i>C. Europapolitisches Vorstosspaket – Stärkung der flankierenden Massnahmen.....</i>	<i>3</i>
6. Motion 07.3431. Einführung der Solidarhaftung. Hilde Fässler .....	3
7. Interpellation 07.3376. Kündigung des GAV in der Baubranche. Jean-Claude Rennwald .....	4
8. Interpellation 07.3437. Flankierenden Massnahmen in der Gastrobranche. Josiane Aubert.....	4
<i>D. Europapolitisches Vorstosspaket – weitere.....</i>	<i>4</i>
9. Interpellation 07.3501. Studierendenaustausch mit der EU. Liliane Maury-Pasquier.....	4
10. Interpellation 07.3377. Droits sociaux : ne pas rester à la traîne de l'Europe. Jean-Claude Rennwald .....	5
<b>II. POSITION ZU WEITEREN OFFENEN BILATERALEN DOSSIERS .....</b>	<b>6</b>
<i>E. Personenfreizügigkeit/Flankierende Massnahmen .....</i>	<i>6</i>
11. Mindestlöhnen in prekären Branchen .....	7
12. Vergabe von öffentlichen Aufträgen.....	7
13. Temporärbranche.....	7
14. Scheinselbständigkeit und Informationsaustausch.....	7
15. Stärkung des Zeugenschutzes .....	7
<i>F. Offene Dossiers in den Räten.....</i>	<i>7</i>
16. Kohäsionsbeitrag der Schweiz .....	7
17. Forschung, technologische Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit/Innovation.....	8
18. INTERREG.....	8
19. Parallelimporte / Regionale Patentschöpfung .....	8
20. EU hat viele Protokolle der Alpenkonvention ratifiziert: Schweiz muss endlich nachziehen.....	9
21. Alpentransitbörse.....	9
<i>G. Weitere beim Bundesrat hängige offene Dossiers .....</i>	<i>10</i>
22. Stromabkommen.....	10
23. Media.....	10
24. Schengen und Beitritt zur Grenzagentur FRONTEX .....	10
25. Cassis-de-Dijon.....	10
26. Kantonale Steuerregime.....	11
27. Rahmenabkommen .....	11
28. Erhöhung der LSVa .....	11
29. Eurokompatible Produktsicherheit.....	12
30. Gesundheit .....	12
31. 24-Stunden-Regel .....	12
32. Eurojust.....	12
33. Skygide – Euro-Sky .....	13
34. Satellitennavigationssystem Galileo .....	13
35. Medikamentenzulassung.....	13
36. Gegenseitige Anerkennung von Ursprungsbezeichnungen (AOC).....	14
37. Erleichterte Verzollung.....	14
38. Dienstleistungen.....	14
39. Chemikalien: Anpassungen an EU-Recht und neues Chemikalienabkommen.....	14
40. Teilnahme am EU-Handelssystem mit Emmissionsrechten.....	15

## I. Vorstosspaket

### A. Europapolitisches Vorstosspaket – preisrelevante Dossiers

#### 1. Motion 07.3527. Abkommen über Freihandel im Agrar- und Lebensmittelbereich. Mario Fehr

Der BR beschloss am 10. März 2006, dieses Geschäft zu vertiefen. Er führte innenpolitisch und mit der EU Sondierungsgespräche. Allgemein war erwartet worden, dass Doris Leuthard im Frühjahr 2007 dem Bundesrat beantragt, das Dossier Freihandel im Agrar- und Lebensmittelbereich weiter zu verfolgen. Der Grund für die Verzögerungen liegt auf der Hand: Die Gesprächsverweigerung des BR im Steuerdossier. Noch liegt kein Verhandlungsmandat vor.

Interessenlage: Die EU hat starke agrarpolitische Interessen, weil sie weit mehr nach der Schweiz exportiert als die Schweiz nach der EU. Das Schweizer Interesse überwiegt aber. Nur so erhält die Schweizer Landwirtschaft eine Perspektive. Zudem wird die Direktion für Aussenbeziehungen (RELEX) in Brüssel argumentieren, die Schweiz erhalte nur Zugang zum freien Agrarmarkt, wenn sie auch die institutionellen Pflichten des Binnenmarktes übernehme. Das dürfte die Schweiz ablehnen. Deshalb wird die Schweiz klar demandeuse sein.

SP-Position: Die SP will dieses Abkommen. Es senkt aus europapolitischer Sicht eine der letzten innenpolitischen Beitrittschürden. Es ist gut für die Konsumenten und Konsumentinnen, die von markanten Preissenkungen profitieren können. Und es ist auch aus landwirtschaftspolitischer Sicht richtig, da es für ökologische, qualitativ hochstehende Agrarprodukte langfristige Exportchancen eröffnet und die Produktionskosten nachhaltig senkt.

Vorstoss: Mario Fehr fordert in einer Motion ein umfassendes Freihandelsabkommen im Agrar- und Lebensmittelbereich.

#### 2. Postulat 07.3528. Vereinfachter grenzüberschreitender Zahlungsverkehr. Mario Fehr

Die EU-Kommission hat ein Grünbuch veröffentlicht, in dem Sie grundlegende Reformen im grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr fordert. Binnenmarktkommissar Charles McCreevy will beim Retailkundengeschäft im Finanzdienstleistungssektor mehr Wettbewerb schaffen. Kunden sollen unabhängig vom Sitz eines Dienstleisters das für sie beste Angebot auswählen können. Die Bankenbranche und weitere Betroffene sind aufgefordert, bis zum 16. Juli ihre Meinung zu den Vorschlägen der Kommission zu äussern. Am 19. September soll über das Ergebnis der Vernehmlassung informiert werden. Wäre die Schweiz von Anfang an dabei, könnten auch die Schweizer Bankkunden viel Geld sparen. Damit die Schweiz mitmachen und die Bankgebühren knacken kann, wäre ein Abkommen oder Arrangement nötig.

Interessenlage: Das Interesse ist gegenseitig. Diplomatisch wäre die Schweiz demandeuse.

Vorstoss: Mario Fehr fordert in einem Postulat Verhandlungen mit der EU zur Vereinfachung des grenzüberschreitenden Zahlungsverkehrs (Kreditkarten).

#### 3. Postulat 07.3384. Roaming-Gebühren. Peter Vollmer

Die Preise für die Nutzung des Mobiltelefons im Ausland (Internationales Roaming) übertreffen die Preise für nationale Anrufe um ein Mehrfaches. Die EU-Kommission hat beschlossen, innerhalb des Binnenmarkts gegen die hohen Roaminggebühren einzuschreiten. Der geplante Gesetzesentwurf orientiert sich an den Zielen des gemeinsamen Binnenmarkts. Die geplanten Preisobergrenzen gelten für sämtliche Anbieter unabhängig ihrer Marktmacht. Falls der Ministerrat und das Europäische Parlament dem Kommissionsvorschlag folgen, könnte die Verordnung bereits im Sommer 2007 verabschiedet werden. Der Preisüberwacher hat

am 21. März 2007 dem UVEK eine Eingabe unterbreitet und darin gefordert, die internationalen Roaming-Gebühren im Gleichschritt mit der EU zu senken. Will die Schweiz nachziehen, so ist ein Abkommen oder ein Arrangement nötig.

Interessenlage: Das Interesse ist gegenseitig. Diplomatisch wäre die Schweiz demandeuse.

Vorstoss: Peter Vollmer fordert in einem Postulat Verhandlungen mit der EU.

## B. Europapolitisches Vorstosspaket – friedenspolitische Dossiers

### 4. Interpellation 07.3435. Erleichterte Visabestimmungen mit Westbalkanstaaten. Vreni Müller-Hemmi

Die EU hat mit Albanien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien sowie am 16. Mai 2007 noch mit Serbien Visaerleichterungs- und Rückübernahmeabkommen paraphiert. Die vereinbarten Visaerleichterungen gelten für alle EU-Mitgliedstaaten, die an der Schengen-Kooperation teilnehmen (d.h. ohne Vereinigtes Königreich und Irland) sowie Norwegen und Island, nicht aber für die Schweiz. Die EU will alle Abkommen vor Ende 2007 unterzeichnen, ratifizieren und in Kraft setzen.

SP-Position: Die Visaerleichterung hat grosse friedenspolitische, menschenrechtliche und auch entwicklungspolitische Bedeutung. Deshalb soll die Schweiz alles daran setzen, um gleichzeitig mit der EU, Norwegen und Island ratifizieren und in Kraft setzen zu können.

Interessenlage: Das Interesse ist gegenseitig. Diplomatisch wäre die Schweiz demandeuse.

Vorstoss: Vreni Müller-Hemmi reicht eine entsprechende Interpellation ein.

### 5. Interpellation 07.3354. Rahmenabkommen für Friedensoperationen mit der EU. Barbara Haering

Die EU hat im Jahre 2004 die Schweiz angefragt, den politischen Dialog zu vertiefen bis hin zum allfälligen Abschluss eines bilateralen Abkommens auf dem Gebiet der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Die Schweiz hat auf dieses Verhandlungsangebot nie geantwortet.

SP-Position: Die SP-Fraktion hat am 21.06.2006 die Motion 06.3290 «Rahmenabkommen für Friedensoperationen mit der EU» eingereicht und darin den Bundesrat eingeladen, mit der EU ein Rahmenabkommen für Friedensoperationen abzuschliessen und darzulegen, wo und mit welchen Schwerpunkten er die friedens- und sicherheitspolitischen Kooperation der Schweiz mit den Ländern Europas und mit der EU verstärken will. Der Bundesrat hat bisher (11 Monate später!) zu dieser Motion noch keine Stellung genommen.

Interessenlage: Beide Seiten profitieren. In diplomatischer Hinsicht ist EU demandeuse.

Vorstoss: Barbara Haering reicht eine entsprechende Interpellation ein.

## C. Europapolitisches Vorstosspaket – Stärkung der flankierenden Massnahmen

### 6. Motion 07.3431. Einführung der Solidarhaftung. Hilde Fässler

Die Praxis mit dem Entsendegesetz und den flankierenden Massnahmen zeigt, dass Verfehlungen von Subakkordanten von Erstunternehmern nicht geahndet werden können, weil sich diese nicht mehr in der Schweiz aufhalten. Damit werden die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Schweiz massiv unter Druck gesetzt, was nicht nur für die betroffenen Branchen inakzeptabel ist. Eine solche Entwicklung stellt auch die Weichen falsch für die in nächster Zukunft auf uns zukommenden Abstimmungen zur Beziehung EU-Schweiz. Es gilt, hier rasch eine sichtbare und für die Bevölkerung spürbare Verbesserung zu erreichen. Auch Bauher-

ren und Baufrauen müssen ihrer Verantwortung nachkommen und in die Pflicht genommen werden.

SP-Position: Die SP setzt sich dafür ein, dass das Bundesgesetz über die minimalen Arbeits- und Lohnbedingungen für in die Schweiz entsandte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und flankierende Massnahmen (Bundesgesetz über die in die Schweiz entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer) so angepasst wird, dass Bauherren und Erstunternehmer wie Total-, General- oder Hauptunternehmer für Verstösse von Subunternehmern in jedem Fall haften.

Interessenlage: Diese Massnahme kann die Schweiz ohne Verhandlungen mit der EU einführen. Sie liegt aber im gegenseitigen Interesse der Schweiz und der EU.

Vorstoss: Hilde Faessler reicht eine entsprechende Motion ein.

#### **7. Interpellation 07.3376. Kündigung des GAV in der Baubranche. Jean-Claude Rennwald**

Der Schweizerische Baumeisterverband hat den Bau-GAV gekündigt. Er gefährdet damit den sozialen Frieden im Land und schwächt den Vollzug der flankierenden Massnahmen. Fehlt ein allgemeinverbindlicher GAV mit festgelegten Mindestlöhnen, so droht Lohn- und Sozialdumping und dies in einer wichtigen Branche, was negative Ausstrahlungen auf die gesamte Wirtschaft haben könnte.

#### **8. Interpellation 07.3437. Flankierenden Massnahmen in der Gastrobranche. Josiane Aubert**

Die Kontrollstelle für den Landes-Gesamtarbeitsvertrag des Gastgewerbes hat in einer Erhebung festgestellt, dass in der Gastrobranche 54 Prozent der Betriebe dessen Bestimmungen nicht korrekt einhalten. Einer von drei Betrieben macht keine Arbeitszeitkontrolle und einer von sieben Betrieben hält sich nicht an die festgelegten Mindestlöhne. Laut Schaffhauser Regierungspräsident Erhard Meister (SVP) weigert sich die Branche, mit den Kantonen zusammen zu arbeiten. Die Kontrollstelle für den Landes-Gesamtarbeitsvertrag des Gastgewerbes beklagt sich ihrerseits über mangelnde Kooperationsbereitschaft der Kantone, die ihre Pflicht, Entsandte zu melden, nur ungenügend nachkomme.

SP-Position: Korrekte Arbeitgeber, die sich an die Lohn- und Arbeitszeitbestimmungen des Landes-Gesamtarbeitsvertrages halten, dürfen nicht unter Konkurrenzdruck jener geraten, die diesen unterlaufen. Der Wettbewerb darf nicht über Lohn- und Sozialdumping auf dem Buckel der Betroffenen geführt werden. Deshalb müssen die Bestimmungen der Entsendeverordnung und des Landes-Gesamtarbeitsvertrages im Gastgewerbe von allen korrekt eingehalten und umgesetzt werden. Dies erfordert vermehrte Kontrolle und einen verbesserten Informationsfluss zwischen den kantonalen und städtischen Arbeitsämtern einerseits und der Kontrollstelle für den Landes-Gesamtarbeitsvertrag andererseits.

Interessenlage: Diese Massnahme kann die Schweiz ohne Verhandlungen mit der EU einführen. Sie liegt aber im gegenseitigen Interesse der Schweiz und der EU.

Vorstoss: Josiane Aubert reicht eine entsprechende Interpellation ein.

### **D. Europapolitisches Vorstosspaket – weitere**

#### **9. Interpellation 07.3501. Studierendenaustausch mit der EU. Liliane Maury-Pasquier**

Ende Oktober 2006 hat die EU eine neue Generation von Bildungs-, Berufsbildungs- und Jugendprogrammen für die Jahre 2007 – 2013 verabschiedet. Der Schweiz ist im Rahmen der Bilateralen II die offizielle Beteiligung an diesen neuen europäischen Bildungs- und Ju-

gendprogrammen zugesichert worden. Die APK-N und die APK-S stimmten dem Verhandlungsmandat im April 2007 zu. Die Verhandlungen werden im Jahre 2007 geführt.

Interessenlage: Das Interesse ist gegenseitig. Diplomatisch ist die Schweiz demandese.

SP-Position: Die SP unterstützt die bundesrätliche Verhandlungsposition.

Vorstoss: In ihrer Interpellation fragt stellt Liliane Maury-Pasquier folgende zwei Fragen:

1. Le Conseil fédéral est-il prêt à s'engager à soutenir les programmes d'échanges en maintenant des crédits suffisants pour répondre à la demande ?
2. Sa volonté est-elle bien de développer, à l'avenir, notamment par de nouveaux accords avec l'Union européenne, de tels programmes d'échanges pour les étudiant-e-s ?

#### **10. Interpellation 07.3377. Droits sociaux : ne pas rester à la traîne de l'Europe. Jean-Claude Rennwald**

1989 fassten 11 der damals 12 Mitgliedstaaten – Grossbritannien scherte unter Margret Thatcher aus – die *Rechte der Arbeitnehmenden* in Bezug auf Lebens- und Arbeitsbedingungen und soziale Sicherheit in einer «Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmenden» zusammen. Zur Verwirklichung der sozialen Grundrechte legte die Charta auf Gemeinschaftsebene nebst anderem das Prinzip der Subsidiarität und der Wahrung der nationalen Vielfalt im Arbeitsrecht fest. 1997 integrierten die EU-Staaten – einschliesslich Grossbritannien, wo wieder Labour an der Macht war – die Charta in den Vertrag von Amsterdam. Art. 136 Abs. 1 EG-Vertrag bezieht sich explizit auf die Sozialcharta des Europarates von 1961 und auf die Charta der sozialen Grundrechte der EU von 1999 und umschreibt die Ziele der gemeinschaftlichen Sozialpolitik wie folgt: «die Förderung der Beschäftigung, die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, um dadurch auf dem Wege des Fortschritts ihre Angleichung zu ermöglichen, einen angemessenen sozialen Schutz, den sozialen Dialog, die Entwicklung des Arbeitskräftepotenzials im Hinblick auf ein dauerhaft hohes Beschäftigungsniveau und die Bekämpfung von Ausgrenzungen.»

Der Schritt vom Abbau von *Hindernissen zur Gewährleistung der Freizügigkeit* hin zu *positiven Massnahmen zur Stärkung der sozialen Grundrechte* bildet sich im Vertrag von Amsterdam auch in Art. 141 über die Gleichstellung von Frauen und Männern ab; gemäss Art. 141 Abs. 4 darf der Grundsatz der Gleichbehandlung die Mitgliedstaaten nicht daran hindern, im Hinblick auf die effektive Gewährleistung der vollen Gleichstellung von Männern und Frauen im Arbeitsleben *spezifische* Vergünstigungen zur Erleichterung der Berufstätigkeit des unterrepräsentierten Geschlechts oder zur Verhinderung bzw. zum Ausgleich von Benachteiligungen in der beruflichen Laufbahn zu ergreifen.

SP-Position: Die SP hat sich während Jahren – vergeblich – für die Ratifizierung der Sozialcharta des Europarates von 1961 eingesetzt. Die Charta der sozialen Grundrechte der EU geht darüber hinaus. Deren Unterzeichnung und Ratifizierung durch EU-Nichtmitgliedstaaten ist aber nicht möglich.

Vorstösse: Jean-Claude Rennwald reicht eine Interpellation ein, die darauf abzielt, dass die Schweiz die Charta der sozialen Grundrechte der EU respektiert und umsetzt.

## II. Position zu weiteren offenen bilateralen Dossiers

### E. Personenfreizügigkeit/Flankierende Massnahmen

Mit dem Beitritt von Rumänien und Bulgarien zur EU per 1.1.2007 müssen die gemischten Verträge über die Personenfreizügigkeit auf die beiden neuen Mitgliedstaaten ausgedehnt werden. Der Bundesrat hat den Entwurf eines Verhandlungsmandates verabschiedet und den Kantonen und den aussenpolitischen Kommissionen zur Stellungnahme zugeleitet. Der Ständerat ist Erstrat.

Per 1. Juni 2007 fallen die Kontingente mit der EU-15 sowie Zypern und Malta dahin. Das Abkommen enthält aber eine Ventilklausel: Ist die Einwanderung im nächsten Jahr 10 Prozent höher als der Dreijahres-Durchschnitt, kann der Bundesrat erneut für zwei Jahre Kontingente einführen. Da die Einwanderung fast ausschliesslich in Abhängigkeit der Konjunktur verläuft, ist absehbar, dass dieser Schwellenwert überschritten wird.

Die Schweiz muss bis spätestens am 31. Mai 2009 der EU notifizieren, ob die Personenfreizügigkeit fortgesetzt wird oder nicht. Aufgrund der Guillotine-Klausel wird die Gesamtheit der bilateralen Verträge I zur Disposition stehen. Der Bundesrat wird in Form eines referendumsfähigen Beschlusses entscheiden.

SP-Position: Die Personenfreizügigkeit ist die wohl wichtigste Säule der europapolitischen Öffnung der Schweiz. Sie macht Europa für alle Bürger und Bürgerinnen konkret erfahrbar. Der Personenfreizügigkeit kommt auch wirtschaftspolitisch grösste Bedeutung zu, vergrössert sie doch das Wachstumspotenzial der Schweizer Wirtschaft entscheidend. Für die SP ist aber klar: Jeder Öffnungsschritt muss von inneren Reformen begleitet werden, damit er nachhaltig ist und nicht auf dem Buckel der Schwächsten ausgetragen wird. Deshalb gilt:

- Der rigorosen Umsetzung und der Stärkung der flankierenden Massnahmen kommt grösste Bedeutung zu, damit die absehbaren Abstimmungen gewonnen werden können. Lohndruck und Sozialdumping darf es aus europapolitischer Sicht nicht geben und darf es aus sozialpolitischer Sicht nicht geben.
- Der Bundesrat muss die hängigen Entscheide so terminieren, dass die fakultativen Referendumsabstimmungen über die Erweiterung Rumänien/Bulgarien und über die Grundsatzfrage im Winter 2008/2009 gleichzeitig durchgeführt werden können.
- Diese Abstimmungen wären schwieriger zu gewinnen, wenn der Bundesrat von der Ventilklausel Gebrauch machen würde und die (vorübergehende) Kontingentierung wieder eingeführt hätte.

Interessenlage: Das Interesse an der Aufrechterhaltung und an der Ausweitung der Personenfreizügigkeit liegt im gegenseitigen Interesse der Schweiz und der EU. Über die damit verbundene Erhöhung des Schweizer Kohäsionsbeitrages wird aufgrund eines Begehrens aus Brüssel verhandelt werden (EU demandeuse).

Vorstösse: Die SP reicht in der Sommersession 2007 drei Vorstösse zum Vollzug der flankierenden Massnahmen ein (siehe oben) und prüft, nach Veröffentlichung der Evaluationsergebnisse im Herbst 2007 durch SECO und SGB mit weiteren Vorstössen nachzuhaken:

### **11. Mindestlöhnen in prekären Branchen**

Postulat zugunsten von Mindestlöhnen in prekären Branchen: Zu Lohnunterbietungen kommt es vor allem in den Bereichen Landwirtschaft, Call Center und kleinen Reinigungsfirmen. Hier müssen Mindestlöhne erlassen werden, entweder über die Allgemeinverbindlichkeitserklärung eines Gesamtarbeitsvertrags (GAV) oder über einen Normalarbeitsvertrag.

### **12. Vergabe von öffentlichen Aufträgen**

Motion zur Vergabe von öffentlichen Aufträgen: Es muss sichergestellt sein, dass über die ganze Produktionskette alle Ausführenden anständige Arbeitsbedingungen gewähren (siehe auch Motion 06.3850 von Evi Allemann, „IAO-Kernübereinkommen und öffentliches Beschaffungswesen“, vom Bundesrat zur Annahme empfohlen, von Ueli Maurer bestritten, hängig).

### **13. Temporärbranche**

Motion zur Temporärbranche:

- a) Vermitteln Temporärfirmen Arbeitnehmende in Branchen mit GAV, so müssen sie diesen einhalten.
- b) Unterstellen sich die Temporärfirmen nicht innert nützlicher Zeit einem mit allen wichtigen Sozialpartnern aushandelten GAV, so soll sie der Bund einem Normalarbeitsvertrag unterstellen.
- c) Verstossen Temporärfirmen gegen das Arbeitsrecht, so ist ihnen die Zulassung zu entziehen (Verschärfung der Sanktionsmöglichkeiten).

### **14. Scheinselbständigkeit und Informationsaustausch**

Motion zur Bekämpfung der Scheinselbständigkeit: Alle Selbständigerwerbenden, die in der Schweiz Dienste anbieten, unterstehen zwar derselben Meldepflicht wie entsandte Unselbständigerwerbende. Der Informationsfluss zu den paritätischen und tripartitischen Kommissionen ist aber ungenügend. Die kantonalen Vollzugsstellen sollen darüber hinaus generell ermächtigt werden, alle relevanten Informationen über Verstösse, Sperrungen, Sanktionen und Erfahrungen mit dem Vollzug der flankierenden Massnahmen auszutauschen. Dies betrifft sensible Personendaten. Deshalb braucht es dafür eine klare datenschutzrechtliche Grundlage.

### **15. Stärkung des Zeugenschutzes**

Arbeitnehmende, die Verstösse gegen das Arbeitsrecht am Arbeitsplatz melden, müssen Zeugenschutz und Kündigungsschutz geniessen. Auch die IAO hat in Anwendung des Übereinkommens Nr. 98 die Schweiz aufgefordert, Massnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass der Schutz von Gewerkschaftsvertretern vor missbräuchlicher Kündigung jenem des Gleichstellungsgesetzes entspricht und dass die Wiedereinstellung der betroffenen Arbeitnehmer gewährleistet wird. Der Bundesrat hat sich dieser Forderung bisher widersetzt (siehe auch Motion 06.3569 von Christian Levrat).

## **F. Offene Dossiers in den Räten**

### **16. Kohäsionsbeitrag der Schweiz**

Der Bundesrat hat gegenüber früheren Planungen den Rahmenkredit Osthilfe um über 80 Mio. Franken gekürzt, die nach Kriterien der OECD an die öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen der Schweiz anrechenbar sind.

Die Schweiz wird ihren Kohäsionsbeitrag erhöhen aufgrund der erneuten EU-Erweiterung (Bulgarien und Rumänien) aufstocken müssen. Norwegen hat mit Brüssel relativ günstige

Bedingungen ausgehandelt. An die EU-10 zahlt die Schweiz 1 Milliarde für eine Periode von fünf Jahren. In Zukunft dürfte sich diese Zahl um gut 300 Mio. erhöhen.

*SP-Position:* Die SP hat mit der FDP und der CVP vereinbart, dass die Finanzierung des Kohäsionsbeitrages nicht auf Kosten der öffentlichen Entwicklungshilfe erfolgen darf. In den Sonntagsreden machen FDP und CVP mit. Geht es am Werktag um die konkrete Bewilligung der Kredite, so besteht das Risiko, dass sie ausscheren. Hier muss der Druck – auch mit Blick auf die Wahlen – verstärkt werden.

*Interessenlage:* Das Interesse ist gegenseitig. Diplomatisch ist die Schweiz demandeuse.

### **17. Forschung, technologische Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit/Innovation**

Die Räte gaben in der Wintersession grünes Licht für eine Vollbeteiligung der Schweiz am 7. Forschungsrahmenprogramm der EU. Die Verhandlungen mit der EU konnten am 27. Februar 2007 erfolgreich abgeschlossen werden. Das neue Forschungsabkommen wird nun noch dem Bundesrat und dem EU-Rat vorgelegt. Nach seiner Unterzeichnung wird das Abkommen rückwirkend ab 1. Januar 2007 angewandt. Damit kann sich die Schweizer Forschung von Beginn weg an den Projektausreibungen der 7. FRP beteiligen.

*SP-Position:* Die SP hat sich für das 7. FRP stark gemacht und kämpft dafür, dass die Finanzierung nicht über eine Kürzung anderer prioritärer Bereiche der Forschungs-, Wissenschafts- und Innovationsförderung erfolgt.

*Interessenlage:* Das Interesse ist gegenseitig. Diplomatisch ist die Schweiz demandeuse.

### **18. INTERREG**

Das Mehrjahresprogramm des Bundes 2008–2015 zur Umsetzung der Neuen Regionalpolitik (NRP) und dessen Finanzierung (07.025) weist eine aussen- und europapolitische Dimension auf. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rahmen von INTERREG wird neu als Bestandteil der Regionalpolitik konzipiert. Damit muss das finanzielle Engagement der Schweiz und der EU-Partnerländer gegenseitig abgestimmt werden.

*SP-Position:* Die SP unterstützt die bundesrätliche Stossrichtung.

*Interessenlage:* Das Interesse ist gegenseitig. Diplomatisch ist die Schweiz demandeuse.

### **19. Parallelimporte / Regionale Patenter schöpfung**

Das revidierte Landwirtschaftsgesetz führt einseitig die internationale Patenter schöpfung ein. Ob in Zukunft auch die Konsumenten und Konsumentinnen sowie die KMU von entsprechenden Preissenkungen profitieren können, hängt vom Ausgang der Patentgesetz-Revision ab, die z.Z. in Vernehmlassung ist (bis 30. Juni 2007). Der Bundesrat behauptete bisher, die regional-europäische Patenter schöpfung verstosse gegen WTO-Recht. Prof. Andreas Ziegler sagt mittlerweile klar: das ist falsch.<sup>1</sup>

---

1 Der Bundesrat – und *économiesuisse* – geht davon aus, dass die einseitige Öffnung gegenüber der EU gegen das Meistbegünstigungsprinzip der WTO verstosse. In seinem Gutachten vom 26. März 2006 zur Frage der Vereinbarkeit der einseitigen Umstellung von der nationalen auf die regionale Erschöpfung im Patentrecht durch die Schweiz mit den anwendbaren Meistbegünstigungsbestimmungen der WTO (Art. 4 TRIPS-Abkommen und Art. I GATT 1994) kommt Prof. Dr. Andreas R. Ziegler, LL.M. Professor an der Universität Lausanne allerdings zu einem anderen Ergebnis. Danach stellt Art. 6 TRIPS-Abkommen den Vertragsparteien es frei, welches System der Erschöpfung sie wählen (national, regional oder international). Dies beinhaltet auch das Recht, jederzeit von einem System zu einem anderen zu wechseln. Neben der internationalen sind auch die regionale und die nationale Erschöpfung mit dem GATT 1994 vereinbar, weil keine Diskriminierung aufgrund der Herkunft des Produkts vorliegt. Vgl. Industrie- und Handelskammer SG [http://www.ihksg.ch/IHK/fileadmin/user\\_upload/Wirtschaft\\_und\\_Politik/vernehmlassungen/6032\\_001\\_VN\\_Parallelimporte.pdf](http://www.ihksg.ch/IHK/fileadmin/user_upload/Wirtschaft_und_Politik/vernehmlassungen/6032_001_VN_Parallelimporte.pdf)

Interessenlage: Falls einseitig einführbar, braucht es keine Verhandlungen. Besteht Verhandlungsbedarf, so liegt die regional-europäische Patenter schöpfung im gegenseitigen Interesse. In diplomatischer Hinsicht dürfte aber die Schweiz demandeuse sein.

SP-Position: Um die Preisinsel Schweiz zu knacken, fordert die SP seit langem, dass die Schweiz mit autonomen Instrumenten dafür sorgt, dass patentgeschützte Güter parallel importiert werden können, das revidierte Kartellgesetz konsequent umgesetzt wird und die schrittweise Öffnung des Agrarmarkts vorankommt. Der Bundesrat will aber aus falscher Rücksichtnahme auf die Pharma nichts unternehmen. Die SP kann auf diesem Thema viel gewinnen, weil es die Verlogenheit der Marktideologen aufzeigt: Sobald es konkret wird, lehnen sie mehr Markt ab.

Vorschlag: Interpellation, die darauf abzielt, dass der BR seine Position an die Einschätzungen von Prof. Ziegler anpasst.

## **20. EU hat viele Protokolle der Alpenkonvention ratifiziert: Schweiz muss endlich nachziehen**

Die Schweiz ist wie die EU ein Mitgliedstaat der Alpenkonvention. Im Unterschied zur EU hat die Schweiz wichtige Protokolle noch nicht ratifiziert, so das Protokoll über die Berglandwirtschaft, den Tourismus, die Energie und den Bodenschutz, welche die EU alle ratifiziert und per 06.10.2006 in Kraft gesetzt hat. Zudem unterzeichnete die EU am 12.12.2006 auch das Verkehrsprotokoll der Alpenkonvention. Dieses verlangt, in Zukunft auf den Bau neuer alpenquerender Strassen zu verzichten und dass andere neue Strassenprojekte im Alpenraum klare Kriterien erfüllen müssen. Auch dieses Protokoll hat die Schweiz zwar unterzeichnet, aber nie ratifiziert.<sup>2</sup>

SP-Position: Es entspricht der offenen Haltung der EU in Bezug auf den Alpenschutz, dass sie inzwischen fünf Protokolle der Alpenkonvention ratifiziert hat, während die Schweiz seit Ratifizierung des Monaco-Protokolls am 28.04.99 nie mehr ein Protokoll der Alpenkonvention ratifizierte. Auch die Unterzeichnung des Verkehrsprotokolls durch die EU zeigt deren offene Haltung für die Verkehrsverlagerung. Die Schweiz als Alpenland mitten in Europa muss dringend nachziehen und endlich alle Protokolle der Alpenkonvention unterzeichnen. Auf dem Spiel steht namentlich die politische Glaubwürdigkeit der Schweiz innerhalb der Tätigkeiten der Alpenkonvention.

Interessenlage: Die Ratifizierung der Protokolle zur Alpenkonvention erfordert keine Verhandlungen.

Vorschlag: Den Druck aufrechterhalten (siehe auch die von beiden Räten überwiesene Motion 04.3260 der UREK-S «Alpenkonvention und Berggebiet»).

## **21. Alpentransitbörse**

Der Bundesrat hat am 8. Juni 2007 die Botschaft zum Güterverkehrsverlagerungsgesetz verabschiedet. Diese sieht u.a. die Einführung einer Alpentransitbörse vor. Dies erfordert Absprachen mit der EU und mit den Nachbarn.

Interessenlage: Die Alpentransitbörse liegt im gegenseitigen Interesse der Schweiz und der EU. In diplomatischer Hinsicht ist die Schweiz demandeuse.

SP-Position: Die SP unterstützt die Einführung einer Alpentransitbörse, setzt aber, was das Verlagerungsziel angeht, kürzere Fristen als der Bundesrat.

---

2 Siehe <http://cipra.4teamwork.ch/de/alpenkonvention/stand-der-dinge> .

## G. Weitere beim Bundesrat hängige offene Dossiers

### 22. Stromabkommen

2007 sind die Verhandlungen im Bereich Strom gestartet, kamen aber aufgrund des Steuerstreits rasch ins Stocken (Regelung des Stromtransits, Harmonisierung der Sicherheitsstandards, rechtliche Absicherung des gegenseitigen Marktzugangs, Anerkennung des «grünen Stroms»). Ziel ist u.a. die Versorgungssicherheit im weitgehend liberalisierten europäischen Strommarkt. Das Verhandlungsmandat war in der ersten Hälfte 2006 in den parlamentarischen Kommissionen. Die Öffnung des Schweizer Marktes richtet sich nach den durch das Parlament beschlossenen Schritten im Rahmen des Stromversorgungsgesetzes.

Interessenlage: Kurz nach dem Black-out in Italien forderte die EU Verhandlungen zur Erhöhung der Transitsicherheit; damals war die EU demandeuse. Inzwischen überwiegt das Schweizer Interesse an einer Erhöhung der Versorgungssicherheit.

SP-Position: Die SP unterstützt die bundesrätliche Verhandlungsposition, welche die Position von «grünem Strom» stärkt, die Versorgungssicherheit erhöht und sich an den Eckwerten des Stromversorgungsgesetzes orientiert. Die SP setzt sich für den raschen Abschluss der Verhandlungen ein.

### 23. Media

Der Bundesrat hat am 20. März 2007 das Verhandlungsmandat zur Erneuerung des MEDIA-Abkommens (Bilaterale II) verabschiedet. Damit soll die Schweizer Teilnahme am neuen europäischen Programm MEDIA 2007 ermöglicht werden. Aufgrund des Media-Abkommens können sich Schweizer Filmschaffende an den EU-Filmförderungsprogrammen beteiligen. Die Möglichkeit einer Beteiligung an den Folgeprogrammen (2007–13) war im Abkommen selber vorgesehen. Der Abschluss der Verhandlungen mit Brüssel wird für Sommer 2007 erwartet.

SP-Position: Die SP unterstützt die bundesrätliche Verhandlungsposition.

Interessenlage: Das Interesse ist gegenseitig. Diplomatisch ist die Schweiz demandeuse.

### 24. Schengen und Beitritt zur Grenzagentur FRONTEX

Die Schweiz hat die Assoziierung an Schengen im März 2006 ratifiziert, die EU wartet vorerst ab. Die Inkraftsetzung des Abkommens unterliegt einem Beschluss des Rates der Europäischen Union, wobei jene Staaten, die das Schengener Abkommen anwenden, einstimmig zustimmen müssen. Offen ist zudem der Beitritt der Schweiz zur Grenzagentur FRONTEX. In einer Vernehmlassung stimmten alle Parteien, inkl. SVP, dem Beitritt zu FRONTEX zu.

SP-Position: Die SP hat in ihrer Vernehmlassung weder ja noch nein zu einem FRONTEX-Beitritt gesagt, sondern Antworten auf zahlreiche offene Fragen gestellt.

Interessenlage: Das Interesse ist gegenseitig. Diplomatisch wird der FRONTEX-Beitritt als logische Weiterentwicklung des Schengener Abkommens dargestellt, an das die Schweiz assoziiert ist.

### 25. Cassis-de-Dijon

Das Parlament machte mit der Motion Hess Druck für die rasche und einseitige Einführung des Cassis-de-Dijon-Prinzips. Zwar bewirkt die einseitige Einführung eine gewisse Inländerdiskriminierung, weil in diesem Fall die EU-Mitgliedstaaten die Schweizer Zulassungen nicht anerkennen müssen. Der effektive Zusatzgewinn für die Schweiz bei einer gegenseitigen Einführung wird aber als eher gering eingeschätzt. Der Gegenwind ist aber gross. Die Ver-

waltung hat über 100 Ausnahmebegehren zusammengetragen. Der Bundesrat führte eine Vernehmlassung durch (Frist: 16. März 2007). Es liegt noch keine Auswertung vor.

SP-Position: Die einseitige Einführung des Cassis-de-Dijon-Prinzips ist ein wichtiger Eckpfeiler im Kampf gegen die Hochpreisinsel Schweiz. Die SP sprach sich in ihrer Vernehmlassungsantwort zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die technischen Handelshemmnisse THG klar für die einseitige Einführung aus. Damit das Cassis-de-Dijon-Prinzip seine grösstmögliche Wirkung auf die Preise entfalten kann, sind allgemeine Ausnahmen auf ein Minimum zu beschränken. Gleichzeitig müssen die Interessen der KonsumentInnen und Konsumenten nach Transparenz und nach sicheren Produkten respektiert werden.

Interessenlage: Das Interesse ist gegenseitig. Die einseitige Einführung erfordert keine Verhandlungen.

## 26. Kantonale Steuerregime

Die EU kritisiert, dass Gewinne, die Holding-, Verwaltungs- oder Domizilgesellschaften aus Geschäftstätigkeiten im Ausland erzielen, tiefer besteuert werden als Gewinne aus der Schweiz. Die SP betrachtet die Kritik an diesem Steuerregime als berechtigt, weist aber den Vorwurf der EU zurück, die Schweiz verletze dadurch das Freihandelsabkommen. Die SP fordert den Dialog mit der EU und eine Eindämmung des schädlichen Steuerwettbewerbs im In- und im Ausland. Die Schweiz muss die kritisierte spezielle Gewinnbesteuerung reformieren und von der EU ein gemeinsames Vorgehen gegen den zunehmenden Steuer- und Subventionswettbewerb verlangen. Die Reform darf nicht zu neuerlichen Steuerausfällen führen. Die betroffenen Arbeitsplätze müssen erhalten werden.

SP-Position: Siehe Positionspapier vom 9. Mai 2007.

Interessenlage: EU demandeuse.

Vorstösse: Die SP hat bereits in der Frühjahr-Session 2007 zu den von der EU aufgeworfenen steuerpolitischen Fragen mehrere Vorstösse eingereicht:

07.1025, Interpellation, Remo Gysin, Grenzen des internationalen Steuerwettbewerbs

07.3107, Motion, SP Fraktion (Hilde Fässler), Eindämmung des Steuerwettbewerbs

07.3108, Interpellation, SP Fraktion (Hilde Fässler), Durchsetzung der formellen Steuerharmonisierung

07.3123, Interpellation, SP Fraktion (Susanne Leutenegger-Oberholzer), Steuerstreit zwischen der EU und der Schweiz

07.3196, Motion, Susanne Leutenegger-Oberholzer, OECD Global Forum on Taxation. Beitritt der Schweiz

## 27. Rahmenabkommen

Im EDA gibt es Pläne, mit der EU ein Rahmenabkommen auszuhandeln, um die eklatanten institutionellen Defizite des bilateralen Wegs zu mindern.

SP-Position: Diese institutionellen Defizite können durch ein Rahmenabkommen geringfügig verkleinert, aber nicht gelöst werden (siehe Europa-Plattform, Kapitel 3.4.A).

Interessenlage: Schweiz demandeuse.

## 28. Erhöhung der LSVA

Die Schweiz und die EG haben im Gemischten Ausschuss zum Landverkehrsabkommen Gespräche über die Erhöhung der LSVA aufgenommen. Der gewichtete Mittelwert der LSVA soll ab 1. Januar 2008 (für einen 40-Tonnen-Lastwagen auf einer Referenzstrecke von 300

Kilometern) 325 Franken betragen. Gegenwärtig liegt er bei 292.50 Franken. Umstritten ist namentlich, ob Lastwagen der Euronorm 3 mit dem höheren Tarif belastet werden oder nicht.

SP-Position: Die Höherbelastung der Lastwagen mit Euronorm 3 ist umweltpolitisch richtig.

Interessenlage: Das Interesse ist gegenseitig. Diplomatisch ist die Schweiz demandeuse.

### **29. Eurokompatible Produktsicherheit**

Der Bundesrat hat am 2. Mai 2007 vom Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens zum Entwurf des Produktsicherheitsgesetzes Kenntnis genommen und das EVD mit der Ausarbeitung der Botschaft beauftragt. Die Produktsicherheit in der Schweiz muss deutlich erhöht werden, damit sie mit den aktuellen europäischen Normen kompatibel wird.

SP-Position: Gisèle Ory hat am 19.03.2007 in der Motion 07.3077 „Sicherheit von Produkten und Dienstleistungen. Interne Gesetzgebung und Beitritt der Schweiz zu Rapex“ den Bundesrat aufgefordert, zum Schutz der Konsumentinnen und Konsumenten die Gesetzgebung im Bereich der Produktesicherheit zu ergänzen. Der Bundesrat soll eine allgemeine Sicherheitspflicht, die Schaffung einer zentralen Struktur, Regelungen über die Information der Öffentlichkeit sowie den Beitritt der Schweiz zu Rapex vorsehen. Der Ständerat diskutiert diese Motion in der Sommersession. Der BR nahm am 30.05.2007 Stellung.

Interessenlage: Das Interesse ist gegenseitig. Diplomatisch ist die Schweiz demandeuse.

### **30. Gesundheit**

Die Schweiz möchte sich an mehreren Aktionsprogrammen der EU im Gesundheitsbereich beteiligen. Im Mittelpunkt steht das Interesse, sich an zwei Agenturen zu beteiligen (für Lebensmittelsicherheit EFSA und für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten ECDC sowie an verschiedenen epidemiologischen Frühwarnsystemen). Ursprünglich war geplant, das Verhandlungsmandat noch vor der Sommerpause 2006 in den Bundesrat zu geben.

Interessenlage: Das Interesse ist gegenseitig. Diplomatisch wäre die Schweiz demandeuse.

SP-Position: Eine Mitwirkung liegt klar im Interesse der Schweiz.

### **31. 24-Stunden-Regel**

Mit einer Änderung ihres Zollkodex will die EU die Sicherheit der grenzüberschreitenden Warenflüsse verbessern. Dies soll u.a. durch die Einführung einer Voranmeldepflicht für den Import, Export und Transit von Waren aus Drittländern (sog. 24h-Regel) geschehen. Die Einführung einer solchen Regelung kann den Warenverkehr und Warentransit mit der Schweiz massiv behindern. Die Schweiz und die EU vereinbarten im Dezember 2006 an der 52. Sitzung des Gemischten Ausschusses zum Freihandelsabkommen von 1972, dieses Problem in Verhandlungen zu lösen. Der Bundesrat erteilte im Februar 2007 ein entsprechendes Verhandlungsmandat.

Interessenlage: Das Interesse ist gegenseitig. Diplomatisch ist die Schweiz demandeuse.

SP-Position: Eine Lösung dieser Problematik liegt im Interesse der Schweiz.

### **32. Eurojust**

Der Bundesrat beschloss Ende September 2006, mit Eurojust Verhandlungen über einen Zusammenarbeitsvertrag aufzunehmen. Eurojust ist im Jahr 2002 von der EU geschaffen worden, um die Bekämpfung der schweren Kriminalität zu verstärken. Diese EU-Einrichtung mit Sitz in Den Haag hat die Aufgabe, die Koordinierung der Ermittlungen und der Strafver-

folgung zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten zu fördern sowie die internationale Rechtshilfe und die Erledigung von Auslieferungersuchen zu erleichtern.

Interessenlage: Das Interesse ist gegenseitig. Diplomatisch ist die Schweiz demandeuse.

SP-Position: Die SP setzt sich für die Mitarbeit in Eurojust unter Gewährleistung rechtsstaatlicher, verfahrensrechtlicher und grundrechtlicher Standards ein.

### **33. Skyguide – Euro-Sky**

Gegenwärtig laufen unter dem Titel „European Single Sky“ Bestrebungen, die verschiedenen nationalen Flugüberwachungsgesellschaften besser zu koordinieren, resp. in grösseren, sinnvolleren Einheiten zusammenzufassen. Auch Skyguide ist bemüht, sich einen entsprechenden Anteil zu sichern. Wieweit dies erfolgversprechend sein wird, weiss heute noch niemand. Alle Bestrebungen zugunsten eines „European Single Sky“ hängen stark von der Bereitschaft der jeweiligen Nationalstaaten ab, allfällige Kompetenzen an grössere Einheiten abzutreten. Skyguide überwacht bereits heute einen wichtigen Teil des französischen Luftraums wie auch (staatsvertraglich nicht abgesichert) des deutschen Luftraums nördlich des Bodensees. Auch im Tessin gibt es die Landesgrenzen überschreitende Vereinbarungen.

Die Schweiz ist im Prozess zur Schaffung eines European Single Skys durch das BAZL vollumfänglich integriert. Was am Schluss rauskommt, ist offen. Zweifellos wird die Umsetzung des „European Single Sky“ stark von den politischen Intentionen auch der EU-Kommission abhängen. Dort hat die Schweiz – da nicht EU-Mitglied – keine Stimme, um ihre Interessen wahrnehmen zu können.

Interessenlage: Das Interesse an einem einheitlichen europäischen Luftraum ist gegenseitig. Das Interesse von Sky-Guide, sich einen möglichst grossen Anteil zu sichern, ist ein nationales schweizerisches Interesse. Der Spielraum ist insofern eingeschränkt, als Sky-Guide nicht nur die zivile, sondern auch die militärische Luftfahrt überwacht.

SP-Position: Die SP unterstützt das Projekt „European Single Sky“.

### **34. Satellitennavigationssystem Galileo**

Die Eigentumsrechte am europäischen Satellitennavigationssystem Galileo sollen noch im Jahr 2007 auf eine EU-Agentur übertragen werden. Die Schweiz möchte sich an dieser Agentur beteiligen. Ursprünglich war geplant, das Verhandlungsmandat noch vor Sommerpause 2006 in den Bundesrat zu geben. Politisch motivierte Konflikte innerhalb des Galileo-Konsortiums führten zu Verzögerungen. Der Versuch einer Public-Private-Partnership ist gescheitert. Nun stellt sich die Frage, ob die EU die ganzen Kosten übernimmt.

Interessenlage: Das Interesse ist gegenseitig. Diplomatisch wäre die Schweiz demandeuse.

SP-Position: Die SP unterstützt unter bestimmten Rahmenbedingungen die Mitwirkung der Schweiz im europäischen Galileo-Projekt.

### **35. Medikamentenzulassung**

Ein vereinfachtes Verfahren zur Medikamentenzulassung, namentlich die gegenseitige Anerkennung der Zulassung durch EMEA und Swissmedic, birgt ein bedeutendes Sparpotenzial. Die SP hat 2005 in ihrem preispolitischen Vorstosspaket die gegenseitige Zulassung gefordert (05.3119 und 05.3120). Der BR hat damals argumentiert, dies stehe «für den Bundesrat aktuell nicht zur Diskussion.» Die Frage der Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und der Emea sei aber «Gegenstand weiterer Abklärungen».

Interessenlage: Das Interesse ist gegenseitig. Diplomatisch wäre die Schweiz demandeuse.

SP-Position: Für die SP ist weiterhin klar, dass die gegenseitige Zulassung durch EMEA und Swissmedic notwendig ist und durch einen entsprechenden Protokollaustausch oder ein Abkommen geregelt werden muss.

### **36. Gegenseitige Anerkennung von Ursprungsbezeichnungen (AOC)**

Mit dem Agrardossier eng verknüpft ist die Frage der gegenseitigen Anerkennung geschützter Ursprungsbezeichnungen für regionale Agrarprodukte wie etwa das Label AOC (Appellations d'origine contrôlée). Kommissarin Mariann Fischer Boel und Doris Leuthard erklärten anlässlich von deren Antrittsbesuch in Brüssel die Absicht, darüber Verhandlungen aufzunehmen. Der Bundesrat wollte darüber im Frühjahr 2007 entscheiden. Der Grund für die Verzögerungen liegt auch hier auf der Hand: Die Gesprächsverweigerung des BR im Steuereossier Die EU fordert von Drittstaaten, sich an die in der EU geänderten Regeln zu halten.

Interessenlage: In der Schweiz sind zum Beispiel Emmentaler und Greyerzer Käse als AOC registriert, das Label wird jedoch von der EU nicht anerkannt. Deshalb sind die Produkte vor Nachahmung nicht geschützt. Schweiz ist klar demandeuse.

SP-Position: Die Frage gegenseitigen Anerkennung geschützter Ursprungsbezeichnungen liegt im Interesse der Schweiz.

### **37. Erleichterte Verzollung**

Verzollungsgebühren der Spediteure verteuern den Import bei Kleinsendungen (namentlich Internet-gestützte Direkteinkäufe bei Anbietern im EU-Raum oder via E-bay, Amazon etc.) unverhältnismässig. Der Preisüberwacher schlägt vor, dass die Schweiz mit der EU ein Abkommen oder Arrangement für eine erleichterte Verzollung aushandelt.

Interessenlage: Das Interesse ist gegenseitig. Diplomatisch wäre die Schweiz demandeuse.

SP-Position: Die SP setzt sich für entsprechende Verhandlungen mit der EU ein.

### **38. Dienstleistungen**

Ein Dienstleistungsabkommen mit der EU gehört zu den left-over der Bilateralen II. Die Verhandlungen wurden auf Druck der Grossbanken und Pharma abgebrochen, die Angst vor mehr Wettbewerb haben. Zudem sollte, so die EU, die Schweiz im Falle eines umfassenden Dienstleistungsabkommens den einschlägigen EG-Acquis einschliesslich horizontaler Politiken übernehmen. Dies lehnte der Bundesrat ab. Andererseits bekräftigte ein Seco-Bericht vom Dezember 2005 das grosse Potenzial, das im Bereich der Dienstleistungen vorliegt.

SP-Position: Die SP-Fraktion will dieses Wachstumspotenzial ausschöpfen. Namentlich KMU könnten von einem verbesserten Marktzugang zur EU profitieren. Die SP-Fraktion forderte deshalb in der Motion 06.3291 «Marktöffnung für finanz- und unternehmensnahe Dienstleister», in diesem Sektor mit der EU Verhandlungen einzuleiten.

Interessenlage: Das Interesse ist gegenseitig. Diplomatisch wäre die Schweiz demandeuse.

### **39. Chemikalien: Anpassungen an EU-Recht und neues Chemikalienabkommen**

Am 1. Juni 2007 tritt in der EU die im Dezember 2006 beschlossene REACH-Verordnung (Registration, Evaluation and Authorisation of Chemicals-Verordnung) in Kraft und wird danach schrittweise implementiert.

Interessenlage: Autonomer Nachvollzug erfordert keine Verhandlungen

Beitritt zur Chemikalienagentur: Das Schweizer Interesse überwiegt. Sie wäre demandeuse.

SP-Position: REACH verbessert längerfristig den Schutz von Mensch und Umwelt vor Chemikalien. Auch aus handelspolitischen Gründen muss die Schweiz REACH übernehmen.

Damit die Schweiz nicht eine kostspielige Parallelorganisation aufbauen muss, wäre es sinnvoll, wenn die Schweizer Behörden im Vollzug mit der europäischen Chemikalienagentur und den Behörden der EU Mitgliedstaaten zusammenarbeitet. Voraussetzung dazu wäre ein noch auszuhandelndes Chemikalienabkommen. Die SP wird die Stellungnahme des Bundesrates zum Postulat 06.3853 von Maya Graf und die Anfrage 06.1160 von Pierre Kohler genau analysieren und gegebenenfalls nachfassen.

#### **40. Teilnahme am EU-Handelssystem mit Emissionsrechten**

Der Bundesrat teilte am 25. Oktober 2006 in Beantwortung des Postulates 06.3287 der SP-Fraktion zur globalen Umweltpolitik der EU mit, die Schweiz habe mit der EU Kontakt aufgenommen und die notwendigen Vorkehrungen getroffen, um an dem von der Europäischen Union eingerichteten Handelssystem mit Emissionsrechten teilnehmen zu können. Ziel dieses Systems ist die weltweite Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstosses.

Interessenlage: Das Interesse ist gegenseitig. Diplomatisch wäre die Schweiz demandese.

SP-Position: Die SP unterstützt die Teilnahme der Schweiz an einem EU-Handelssystem mit Emissionsrechten.

Bern, 12. Juni 2007



Peter Hug